

## **Vorbereitung der Kita-Kampagne für das erste Halbjahr 2008**

- Beschluss des Parteivorstandes vom 17. November 2007 -

1. Die Vorhaben zur Vorbereitung der Kita-Kampagne werden bestätigt. Die EinreicherInnen werden beauftragt, gemeinsam mit dem Kampagnenteam die Absprachen und Konkretisierungen mit den Landesverbänden zu treffen:
2. Auf der bildungspolitischen Konferenz wird ein Aufruf zur Beteiligung an der Kita-Kampagne gestartet mit dem Ziel, sowohl in den Landesverbänden als auch bei möglichen Partnerinnen und Partnern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu stärken. Die weiteren Aufgaben zur Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakate, Logo etc.) werden mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und dem Bundeswahlbüro abgestimmt.
3. Für die Kampagne werden finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 15.000 Euro für Plakate, Flyer, Schulungen und zentrale Aktionen aus dem Kampagnenfonds zur Verfügung gestellt.

F.d.R.: .....  
Georg Fehst  
Leiter der Bundesgeschäftsstelle

**Verteiler:**  
Entsprechend Geschäftsordnung, Anlage 3

## **Vorbereitung und erste Vorhaben zur Kita-Kampagne 2008**

### **Vorbemerkungen:**

Der Parteivorstand hat am 25. August 2007 die Kita-Kampagne als Bestandteil der Kampagnen zur öffentlichen Daseinsvorsorge beschlossen. Dabei sollten folgende Ziele im Blick sein:

1. Die Kampagne soll mit dem Ziel geführt werden, für unsere Vorstellungen von frühkindlicher Förderung, Bildung und Betreuung zu werben und insbesondere unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung als Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien herausstellen...
2. Weiteres Ziel ist die Gewinnung von Bündnispartnern.
3. Der Kampagnenrahmen soll bei den Landtagswahlkämpfen des Jahres 2008 konkrete Umsetzungsmöglichkeiten anbieten.
4. Im Rahmen der Kampagne sind Initiativen zu entwickeln, die bei kommunalen Aktivitäten und von den Fraktionen der LINKEN in den kommunalen Vertretungen vor allem in den alten Bundesländern genutzt werden können.

In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung mit dem Nachtragshaushalt ein Sondervermögen zum Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Indes liegt die Koalition im Streit miteinander über das von der CSU geforderte Betreuungsgeld. Das Gesetz der Familienministerin hält eine solche Möglichkeit offen, die SPD kritisiert das. So ist zu erwarten, dass es um die konkrete Gesetzesregelung, die ja auch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige enthalten soll, noch heftigen Streit und womöglich Verzögerungen gibt. Auf der anderen Seite sind die Defizite der Kinderbetreuung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt derzeit völlig aus dem Blick geraten. Es gibt aber in keinem Land einen durchgängigen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung und nur einige Länder gehen über die seit 1995 geltende gesetzliche Regelung des SGB 8 hinaus. Da der Anspruch auf Betreuung danach bereits mit einem Halbtagsplatz erfüllt ist, der unter Umständen nur drei Stunden Betreuung umfasst, sind die Probleme, die sich insbesondere mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbinden, in der Mehrzahl der Länder ungelöst. Auch die Bereitstellung einer warmen Mittagsmahlzeit in der Betreuungseinrichtung ist nicht überall möglich, wobei das Ausmaß der Fehlstellen durch die tendenziöse Erhebungspraxis nur vor Ort einigermaßen objektiv feststellbar ist. Nur in den ostdeutschen Bundesländern gibt es bei Berufstätigkeit beider Elternteile ein ausreichendes Angebot an ganztägiger Betreuung, ohne dass ein Rechtsanspruch (außer in Sachsen-Anhalt) immer explizit formuliert ist. In Rheinland-Pfalz ist vor kurzem ein Gesetz über die Entgeltfreiheit der Betreuungsangebote beschlossen worden, die schrittweise für alle Kinder ab 2 Jahren bis zum Jahre 2010 erreicht werden soll. In Berlin gibt es in der Koalition ähnliche Vereinbarungen. Auch in NRW steht ein neues Gesetz kurz vor der Verabschiedung und in Sachsen-Anhalt wird über einen Mindestbetreuungsanspruch von 7 Stunden täglich debattiert. Auch in anderen Ländern ist im Zuge der Debatte zu erwarten, dass Gesetzesregelungen erneuert werden, spätestens, wenn die Debatte im Bundestag abgeschlossen ist. Dennoch ist die Bedarfserhebung, nach der sich der Ausbau der Betreuungsangebote richten soll, in der Mehrzahl der Länder politisch gesetzt. Auch die Annahme mit einem Versorgungsgrad von rund 30 % im Krippenbereich einen Rechtsanspruch sichern zu können, bleibt fraglich.

Dennoch werben die derzeit Regierenden mit ihrem Engagement für einen „flächendeckenden“ und „bedarfsgerechten“ Ausbau der Kinderbetreuung und ebenso mit der beabsichtigten Einführung eines Rechtsanspruches ab 2013.

In dieser Situation ist es nicht leicht, den Alleinstellungsanspruch der LINKEN, für eine flächendeckende, pädagogisch fundierte und für die Eltern kostenfreie Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahre an mindestens bis zum Schuleintritt als Rechtsanspruch der Kinder einzutreten, öffentlich glaubhaft zu untersetzen.

Die Kampagne zur Verbesserung frühkindlicher Bildung und Betreuung kann (soll) darum vor allem als Umsetzungskampagne im Stil konzertierter Aktionen in den Ländern und vor allem konkret in den Kommunen geführt werden.

Dabei sollte auch der Versuch unternommen werden, noch in den bereits laufenden Landtagswahlkämpfen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg in der heißen Wahlkampfphase dieses Thema zu besetzen. Alle drei Länder haben das Thema in ihren Wahlprogrammen enthalten, aber noch nicht überall mit konkreten inhaltlichen Aktionen untersetzt:

#### Hamburg, Sofortprogramm zur Bürgerschaftswahl, 24.02.2007:

■ Gebührenfreie Ganztagsplätze mit Verpflegung in Krippen, Kindertagesstätten und Horten.  
Abschaffung der Kita-Gutscheine.

#### Niedersachsen Landeswahlprogramm, 27.01.2007:

DIE LINKE will jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz gesetzlich zusichern. Dieser Anspruch soll unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern bestehen. Wir werden durchsetzen, dass die Kindertagesstättenangebote, also Krippe, Kindergarten und Hort für die Eltern kostenfrei angeboten werden.

In Niedersachsen besteht auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf, insbesondere fehlen Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Initiativen zum Ausbau des Betreuungsangebotes ergreift und die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lässt.

DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm des Landes zur Sicherung kostenloser Ganztagsbetreuungsangebote für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an.

#### Hessen, Landeswahlprogramm, 27.01.2007:

##### **Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstufen-, Kita- und Kindergartenplätze**

Eltern müssen in diesem Land eine kinderfreundliche Politik vorfinden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Dies gelingt nur dann, wenn auch in Hessen ausreichend qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote für unter 3-jährige Kinder bereitgestellt werden.

Der Besuch von Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

##### **Bildung von Anfang an**

Die Übergänge vom Elternhaus zur Kindertagesstätte und Schule sollen fließend gestaltet werden.

Der Bildungsplan in Hessen für Kinder von 0–10 Jahren bietet hier eine gute Grundlage, die sich allerdings nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

Diese sind:

- »Die besten Pädagogen für den Anfang....« besser qualifizierte Erzieher und entsprechende Bezahlung;
- kleinere Gruppen- und Klassengrößen, die eine individuelle Förderung aller Kinder ermöglichen;
- ganzheitliche Förderung aller Kinder – Stärken erkennen, Schwächen ausgleichen;
- ausreichend Vorbereitungszeit von PädagogInnen für Elterngespräche sowie die Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder;
- Aufnahme aller Kinder einer Jahrgangsstufe in die »Grundschule« – keine Selektion nach Entwicklungsstand oder Migrationshintergrund;
- Ausbau des Integrativen Schulangebots durch Gemeinsamen Unterricht (GU) und verstärkten Einsatz von Förderstunden durch Sonderpädagoginnen an Regelschulen;

- mehr fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit.
- PädagogInnen als »Entwicklungsbegleiter« von Kindern werden angesichts der immer massiveren Folgen des Sozialabbaus immer wichtiger.

Außerdem: kostenloses Mittagessen (PE vom 31.10.)

Für die Kommunalwahlen in Bayern und in Schleswig-Holstein müssen mit den Ländern zügig Absprachen getroffen werden, wie die Kampagne in ihren Ländern genutzt werden kann.

## 1. inhaltliche Ausrichtung der Kampagne

Die Kampagne sollte bundesweit mit folgenden zentralen Forderungen geführt werden:

1. Alle Kinder haben ein Recht darauf gemeinsam und solidarisch spielend zu lernen. Dazu bedarf es einer guten pädagogischen Qualität und entsprechend ausgebildeten pädagogischen Personals.
2. Wir wollen ein flächendeckendes öffentliches und für die Eltern kostenfreies Angebot für alle schaffen. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines kostenfreien Mittagessens.
3. Der Ausbau der Kinderbetreuung mit ausreichend Ganztagsplätzen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter erleichtern.

In der Diskussion des Kampagneteams gab es eine kritische Debatte zur Frage des Bildungsbegriffs im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung und Förderung. Insbesondere wurde befürchtet, dass die Fokussierung auf den Begriff „frühkindliche Bildung“ in der Öffentlichkeit zu sehr als einseitige Vorbereitung auf die Grundschule verstanden werden könnte und das Besondere des kind- und altersgerechten Lernens in dieser Lebensphase vernachlässigt werden könnte. In der Tat gibt es mit der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz und den Gesetzgebungen und Konzeptionen in den Ländern eine ziemlich stringente Orientierung auf diesen Übergang zur Grundschule, was aber auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, insbesondere von der Mehrzahl der Eltern (besonders auch im Umfeld der LINKEN) nicht kritisiert, ja eher eingefordert wird. Dennoch haben wir uns eingedenk dieser Problematik für die Formulierung: „Gemeinsam spielend lernen“ entschieden, die auch eines der Motti der Kampagne werden sollte.

Daraus leitet sich die Aufgabe für frühkindliche Bildung und Betreuung aus unserer Sicht ab:

Kinder sollen in Gemeinschaft:

- spielend lernen. Die Bildungsarbeit in Kindereinrichtungen vermittelt nicht in erster Linie kognitives Wissen, sondern ist auf die gesamte soziale, motorische, emotionale, allseitige Persönlichkeitsentwicklung gerichtet. Sie achtet dabei die Besonderheiten des Lernens in dieser frühen Phase der Kindheit.
- soziale Kompetenzen erwerben, Solidarität üben und erfahren, (Akzeptanz und Toleranz, Selbstbehauptung und Rücksichtnahme auf andere),
- Integration als Bereicherung empfinden, Egoismus und Konkurrenz als unsolidarisch erkennen.

Kinderbetreuungseinrichtungen sollen auf Chancengleichheit hinwirken und sie

ermöglichen. Sie sollen öffentlich sein, sie sollen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und darum aus Steuermitteln finanziert werden. Die Bereitstellung eines ausreichenden, dem wachsenden Bedarf angemessenen und auswahlfähigen Angebots an Betreuungseinrichtungen ist eine staatliche Aufgabe, die nicht delegiert werden darf. Das schließt das Engagement frei gemeinnütziger Träger nicht aus, wohl aber die Monopolisierung von Betreuungsangeboten oder die vollständige Übertragung dieser Aufgabe durch die Kommune an freie Träger.

Die LINKE grenzt sich mit ihren Zielstellungen sowohl von einseitig an Verwertungsinteressen orientierten Bildungsauffassung ab, die ausdrücklich auf Konkurrenz und Wettbewerb sowie Ausrichtung auf vermeintliche gesellschaftliche, sprich an den Kapitalinteressen gebundene, Bildungsorientierungen und Bildungsinhalte zielen als auch von solchen Auffassungen, nach denen frühkindliche Bildung und Betreuung in der Hauptsache die Angelegenheit der Eltern wäre. Die besondere Funktion elterlicher Liebe und Fürsorge wollen wir dabei nicht gering schätzen oder gar ersetzen.

Welche Arbeitsformen streben wir an?

1. Schwerpunkt ist die Anbahnung örtlicher Bündnisse mit Betroffenen, Vereinen, Gewerkschaften, ggf. Trägern. Dabei sollen ausgehend von den konkreten örtlich vorhandenen Defiziten außerparlamentarische Aktivitäten entwickelt werden. Ziel ist es, vor Ort den Druck zu erhöhen ein flächendeckendes Angebot im Sinne unserer Zielstellungen weiter voran zu bringen.
2. Ausgehend von solchen Bündnissen können z.B. Anfragen in den Räten, Einwohneranträge oder Bürgerbegehren initiiert werden.
3. In Kommunen, in denen DIE LINKE vor Ort über Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte oder Fraktionen verfügt sollen entsprechende fundierte Anträge zum Ausbau der Kinderbetreuung gestellt werden.
4. In Ländern, in denen DIE LINKE über Fraktionen in den Landtagen verfügt, sollten die Möglichkeiten der Einrichtung oder Ausweitung von Rechtsansprüchen für Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern und des Ausbaus von Ganztagsangeboten über Anträge und Gesetzesinitiativen sowie weitere Aktionsmöglichkeiten genutzt werden.

Für die Untersetzung der Kampagne als konzertierter Aktion soll in Abstimmung mit den Ländern Unterstützung bei der Erarbeitung entsprechender Vorlagen für die parlamentarischen und außerparlamentarischen Maßnahmen erarbeitet werden. Voraussetzung dafür ist immer die entsprechende Bereitschaft in den Ländern und vor Ort zur Beteiligung an dieser Kampagne. Wir wollen den Sachverstand der Bundestagsfraktion, der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der SprecherInnenrunden der Landtagsfraktionen sowie der Kommunalpolitischen Foren vor Ort nutzen um notwendiges Argumentationsmaterial zu erarbeiten und die konkreten Aktionen und Handlungsformen vor Ort zielgerichtet entwickeln zu können.

## Folgende Materialien zur Unterstützung der Kampagne werden benötigt:<sup>1</sup>

1. Plakate.  
Nach unserer Vorstellung sollten drei Themenplakate jeweils zu den zentralen Kampagnenforderungen entworfen werden. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Agentur und dem Bundeswahlbüro
2. Erarbeitung eines Flyers bis zum Ende des Jahres, damit er nach Möglichkeit in der heißen Wahlkampfphase in Niedersachsen, Hessen und Hamburg noch zum Einsatz kommen kann. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion
3. Aufkleber mit dem zentralen Motto der Kampagne (fehlt noch) und Logo
4. Für die Begleitung an Ständen sollte ein passendes Lied als allgemeines Erkennungsmerkmal für die Kampagne eingesetzt werden.
5. Erarbeitung einer Argumentationshilfe mit unseren Zielstellungen und einer Auseinandersetzung mit zu erwartenden Gegenargumenten sowie mit der Politik der anderen Parteien. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion
6. Material mit einem übersetzten Finanzkonzept (Hier ergeht die Bitte, dies in der Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den finanzpolitischen SprecherInnen der Länder zu erarbeiten.)

## Zeitplan:

17.11.7	Abstimmung zur Vorbereitung und zum Beginn der Kampagne im Parteivorstand, danach Gespräche mit dem Bundeswahlbüro und der Agentur
25.11.7	Aufruf auf der Bildungspolitischen Konferenz
08.12.07	Beratung mit LändervertreterInnen in Hannover
15.12.7	Fertigstellung des Argumentationsmaterials und des Flyers
Anfang Januar	Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Niedersachsen, Hessen und Hamburg
27.01.08	Treffen Kampagnenteam
Januar/Februar	Unterstützung der Kampagne im Zuge des Kommunalwahlkampfes in Bayern
03.02.08	Nach dem Termin erneutes Ländertreffen zur Absprache des weiteren Vorgehens

Weitere Termine sind der Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein (25.05.08) und die Landtagswahlen in Bayern, sofern wir dort antreten (Sept.08)

Die Kampagne sollte bis zur Bundestagswahl 2009 geführt werden.

## Mitglieder im Kampagnenteam sind derzeit:

Ulrike Zerhau, PV, NRW

---

<sup>1</sup> Die Kampagne wird voraussichtlich vor allem in den Landesverbänden West geführt werden, deren Bedarfe sich von denen der Landesverbände Ost unterscheiden dürften. Es steht außerdem die Frage aus, in welcher Intensität und mit welcher Schwerpunktsetzung sich die Landesverbände beteiligen wollen, daran ist der Bedarf anzupassen.

Marc Mulia, PV, NRW  
Rosemarie Hein, PV , Sachsen-Anhalt  
Sophie Dieckmann, SDS  
Katja Viereck, SDS  
Regina Frömert, Sachsen-Anhalt, Kommunalpolitikerin  
Maya Mosler , Hessen  
Gerd Detering, NRW

Um Mitarbeit wurden gebeten:  
Katrjn Kunert, Bundestagsfraktion  
Diana Golze, Bundestagsfraktion

Weitere Fachleute aus der Partei sollen nach Bedarf und Bereitschaft in die Arbeit einbezogen werden.